



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid • Fastenopfer
Brot für alle • Helvetas
Caritas • Heks

Medienstelle

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern
Tel. +41 31 390 93 34 • Fax +41 31 390 93 31
phofstetter@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch

Medienmitteilung

Bern, 5. Mai 2004

**Entwicklungshilfe als Druckmittel in der Asylpolitik
Skandalöser Entscheid des Nationalrates**

Der Nationalrat hat bei der Teilrevision des Asylgesetzes beschlossen, künftig die Entwicklungshilfe als Druckmittel für die Rückübernahme abgewiesener Flüchtlinge einzusetzen. Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • Heks ist dieser Entscheid skandalös. Eine Mehrheit des Nationalrates hat nicht begriffen, dass sich mit Entwicklungszusammenarbeit keine Asylpolitik machen lässt. Kürzungen bei der Entwicklungshilfe treffen die ärmsten Bevölkerungsgruppen und Länder; hingegen verzichtet die Schweiz aus Opportunismus darauf, Druck auf mächtige Staaten auszuüben.

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf die ärmsten Bevölkerungsschichten und geht in den wenigsten Fällen an die Regierungen, die für die Rückübernahme zuständig sind. Ein Entzug der Hilfe trifft daher nicht die Regierungen, sondern die schwächsten Gruppen der betroffenen Länder.

Die Schweiz machte nie von irgendwelchen Sanktionen gegenüber wichtigen Handelspartnern oder mächtigen Ländern wie der Türkei, China oder Russland Gebrauch – Ländern, welche die Menschenrechte mehr oder minder systematisch missachten und notabene kein Rückübernahmeabkommen mit der Schweiz haben. Sie würde es auch nicht wagen, Staaten unter Druck zu setzen, die der schweizerischen Stimmrechtsgruppe der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds IWF angehören. Solcher Opportunismus wird gerade von ParlamentarierInnen unterstützt, welche die Entwicklungshilfe mit der Rückübernahme abgewiesener Flüchtlinge verknüpfen wollen.

Bei drei Vierteln der potentiellen Rückübernahmefälle wäre der Entzug der Entwicklungszusammenarbeit kein geeignetes Druckmittel: Sie stammen aus Ländern, mit denen bereits ein Rückübernahmeabkommen besteht oder in denen die Schweiz gar keine Entwicklungshilfe leistet. Die übrigen stammen fast alle aus Ländern, die auch ohne Abkommen bei der Rückführung kooperieren oder von der Schweiz, wie erwähnt, aus Opportunismus nicht unter Druck gesetzt werden. Unter dem Strich bleiben 19 Ländern, bei denen eine Kürzung oder Streichung der Entwicklungshilfe überhaupt in Frage käme. Aus diesen Ländern stammen bloss drei Prozent der potentiellen Rückübernahmefälle. Es handelt sich um Länder wie Bangladesh, Nepal, Benin oder Niger. Gemeinsam ist ihnen, dass sie schwach und arm sind (und im übrigen nicht wenige Fluchtgründe bieten) – gerade deswegen leistet die Schweiz dort ja Entwicklungshilfe.

Weitere Informationen:

Michèle Laubscher, Beauftragte für Entwicklungspolitik, Tel. 031 390 93 40 (dir)